

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bibliotheken sind unverzichtbare Bildungs- und Kultureinrichtungen: Berlin braucht ein aktuelles Bibliothekskonzept

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert gemeinsam mit den Bezirken eine Kommission einzusetzen, die innerhalb eines Jahres ein Bibliothekskonzept für Berlin erarbeitet. Es sollen inhaltliche und rechtliche Rahmenbedingungen für die Arbeit und Entwicklung der Berliner Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen für die folgenden fünf Jahre vorgeschlagen werden.

Zu einem Bibliothekskonzept gehört die Definition der Aufgaben der jeweiligen Bibliotheken als Bildungs- und Kultureinrichtungen vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und des interkulturellen Lebens in Berlin, die Anforderungen im Rahmen des lebenslangen Lernens, der Weiterbildung, der Leseförderung und der Medienkompetenz, die Rolle der Bibliotheken für die Bewahrung des kulturellen Erbes sowie die Veränderung ihres Dienstleistungsangebotes als Konsequenz des Medienwandels. Insbesondere sollte das Konzept für Berlin folgendes aufnehmen:

- die Zuständigkeit und Zusammenarbeit der öffentlichen, behördlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Berlin sowie die Kooperation mit Bildungsträgern,
- die zeitgemäße Kooperation der Zentral- und Landesbibliothek mit den Bibliotheken der Bezirke in dem vorgeschlagenen Zeitraum,
- eine Standortplanung sowie Vereinbarung von Mindeststandards, die festlegen, welche verbindlichen Aufgaben die Berliner Bibliotheken erfüllen sollen,
- Anregungen, welche rechtlichen Rahmenbedingungen eine Finanzierung der verbindlichen Aufgaben ermöglichen und welche Rahmenbedingungen die Finanzierung der freiwilligen Aufgaben fördern könnten.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmalig bis zum 30. September 2014 mit einem Zwischenstand und ein zweites Mal nach Fertigstellung des Konzepts zu berichten.

Begründung:

Die Planungen für den zentralen Standort der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) verunsichern die Öffentlichkeit und vermischen sich in der Wahrnehmung mit der Bestandserhaltung auf Bezirksebene. Bibliotheken betreiben Daseinsvorsorge für die Wissens- und Informationsgesellschaft. Sie sind Bewahrer des kulturellen Erbes, Informationsdienstleister, Förderer der Kulturtechnik Lesen, Vermittler von Medienkompetenz und Orte des Verweilens und der Begegnung. Schließlich sichern sie in all dem einen chancengerechten Zugang zu Wissen und gewährleisten das verfassungsgemäße Grundrecht auf Information und Meinungsbildung. Sie sind unverzichtbare Bildungs- und Kultureinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger Berlins.

Diese zentrale gesellschaftliche Funktion von Bibliotheken steht in Berlin einer misslich geregelten Finanzierung zwischen Land und Bezirken gegenüber. Struktureller und inhaltlicher Reformbedarf ist seit Mitte der neunziger Jahre weitaus weniger als möglich angegangen worden. Seit 1994 hat es in Berlin von der Landesebene keinen Bibliotheksentwicklungsplan mehr gegeben – seit beinahe zwanzig Jahren, in denen in Bildung, Demografie und Medienentwicklung sowie in der Kulturpolitik und in der Finanzierung der bezirklichen Kulturarbeit massive Veränderungen die Stadt umgewälzt haben. Die Bibliotheken und die Bezirke haben angesichts dessen eine Meisterleistung in ihrer Arbeit vollbracht. 2005 veröffentlichte eine von allen Ebenen befürwortete Expertenkommission einen Bericht zur Neuorganisation der Berliner Öffentlichen Bibliotheken. In den folgenden Jahren wurde auf Fach- und Bezirksebene versucht, unter Berücksichtigung der Kommissionsergebnisse eine Präzisierung der Strukturen zu vereinbaren und ein Organisationskonzept zu entwickeln. Neben der Einführung von RFID (Radio Frequency Identification) blieben die Bestrebungen aber ohne die politische Unterstützung des Senats weitestgehend erfolglos. Ebenfalls 2005 schlugen die bezirklichen Bibliotheken mit dem „Olympia-Modell“ eine Absicherung ihres Erwerbungssetats durch Bezuschussung des Senats bei Einhaltung bestimmter Mindestleistungen vor. Diese mögliche Unterstützung wurde kurz und bündig abgelehnt und seitdem nicht wieder offiziell aufgenommen.

Die Zahlen in den Jahresberichten der Berliner Öffentlichen Bibliotheken zeigen insgesamt einen kontinuierlichen Rückgang sowohl in der Anzahl der Bibliotheken insgesamt als auch im Erwerbungssetat und in der Personalausstattung der Einrichtungen. Differenzen in der Anzahl, Ausstattung, Nutzung und BesucherInnenzahl der Bibliotheken in Berlin in den einzelnen Bezirken sind hoch, die Kooperation vor Ort mit Bildungsträgern zum Teil hervorragend, jedoch in der Breite nicht gesichert. Auch die Trennung von öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken sollte heute im Zuge des Medienwandels einer Prüfung unterzogen werden. Aufgrund der Fülle an Anforderungen und Veränderungen braucht es nicht nur eine gemeinsame Kommunikation für die Entwicklung der Bibliotheken in Berlin, sondern auch eine Prüfung, ob der Gesetzgeber die Finanzierung und Regelungen wie Standards für Bibliotheken in Berlin klarer fixieren kann. Erfahrungen mit gesetzlichen Regelungen für Bibliotheken in anderen Bundesländern und europäischen Staaten können

hierbei berücksichtigt werden. Die 2005 veröffentlichten Ergebnisse der Expertenkommission sollten von der Kommission evaluiert und dem heutigen Stand angepasst werden. Für den heutigen Stand ebenfalls geprüft werden sollte das erwähnte „Olympia-Modell“.

Betroffen von einem solchen Konzept sind die Bibliotheken in unmittelbarer und mittelbarer Trägerschaft des Landes Berlin, die der Bezirke als auch die Einrichtungen der unter der Rechtsaufsicht des Landes stehenden juristischen Personen. In der Kommission sollten unabhängige ExpertInnen, VertreterInnen der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken, der Ämter für Weiterbildung und Kultur, der Schulen und des Landesverbands Berlin des Deutschen Bibliotheksverbands, sowie die politischen VertreterInnen der Exekutive und Legislative auf Landesebene und politische VertreterInnen der Bezirksebene beteiligt sein.

Berlin, den 28. April 2014

Pop Kapek Bangert
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen